

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst
am 28.06.2012

Tagungsort: Gesamtschule Stieghorst (Forum Haus 3)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

Herr Gerhard Henrichsmeier - Bezirksbürgermeister (RM)
Herr Hans-Dieter Koch - stellv. Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Henrik Hauptmeier - bis 18.55 Uhr / TOP 10 -
Herr Klaus-Dieter Hoffmann - ab 17.25 Uhr / TOP 6 - (RM)
Frau Ina-Marie Krieg
Herr Günter Möller
Herr Walter Tacke
Herr Werner Thole (Vors.)

SPD

Frau Ingeborg Abendroth
Herr Bernd Möller - ab 17.05 Uhr / TOP 1 -
Herr Frank Mühlenweg - ab 17.05 Uhr / TOP 1 -
Herr Reinhard Schäffer (Vors.)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dr. Thomas Hartmann
Herr Arnold Schulz (Vors.)

FDP

Herr Hans-Achim von Stockhausen

BfB

Herr Karl-Hermann Vagt

Entschuldigt fehlt:

Herr Willi Waidelich (Die Linke)

Gäste:

Frau Bernstein	Planungsbüro Enderweit & Partner	(zu TOP 6)
Herr Tacke	Planungsbüro Enderweit & Partner	(zu TOP 6)
Herr Meier	moBiel GmbH	(zu TOP 16)

Von der Verwaltung:

Frau Geppert	Bauamt	(zu TOP 6)
Frau Michael	Bauamt	(zu TOP 7)
Herr Meyer	Amt für Verkehr	(zu TOP 8 u. 16)
Herr Glasl	Amt für Verkehr	(zu TOP 9)
Herr Spree	Amt für Verkehr	(zu TOP 9)
Herr Jamitzky	Amt für Verkehr	(zu TOP 16)
Herr Daube	Bezirksamt Heepen	
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Steinmeier	Bezirksamt Heepen	(Schriftführer)

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Henrichsmeier eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die von der Bezirksvertretung ohne Änderungswünsche genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt.

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst

Herr Karsten Bremke, Am Kämpchen 22, 33605 Bielefeld, stellt sich als Vertreter der zahlreich erschienenen Bürgerinitiative zum Rückbau und zur Verkehrsberuhigung der Osningstraße vor.

Mit Hinweis auf den späteren Punkt 9 der Tagesordnung bringt er zum Ausdruck, dass die Osningstraße dringend verändert werden müsse, um für die Anwohnerinnen und Anwohner und insbesondere die Kinder auf ihren Schul- und Kindergartenwegen mehr Sicherheit zu erzeugen.

Für eine in jede Fahrtrichtung 2-spurige Straße gebe es zu wenige sichere Querungsmöglichkeiten. Die Querungsrisiken würden noch zusätzlich durch überhöhte Geschwindigkeit der Kraftfahrzeuge gesteigert.

Für die Bürgerinitiative äußert Herr Bremke die Notwendigkeit, dass

- die Osningstraße auf 1 Spur in jede Fahrtrichtung zurückgebaut wird,
- die Situation für Radfahrer verbessert wird

und

- das Tempolimit durch fest installierte Radaranlagen überwacht wird.

Er appelliert an die Bezirksvertretung, die aus Sicht der Bürgerinitiative erforderlichen Veränderungen herbei zu führen.

Zur Bekräftigung der geäußerten Wünsche / Forderungen überreicht er Bezirksbürgermeister Henrichsmeier eine Liste mit rd. 200 Unterschriften.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 28.06.2012 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 24. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 31.05.2012**

Mitglied von Stockhausen (FDP) bezieht sich auf die Beratung zu Tagesordnungspunkt 6 „*Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Soziale Stadt "Sieker Mitte", Entwurfsplan des Vertiefungsbereiches Sieker Park*“.

Auf Seite 11 der Niederschrift sei ihm nicht hinreichend deutlich seine Intention dargestellt worden, dass sich durch den überarbeiteten Entwurfsplan „Sieker Park“ eine verminderte Investitionssumme ergebe, die gemäß Vereinbarung mit dem Architekturbüro zu einem ebenfalls verminderten Honorarbetrag führe.

Mitglied von Stockhausen gibt zu Protokoll, dass er eine konkrete Darstellung des Einsparvolumens am Architektenhonorar wünsche.

Nach dieser Anmerkung ergeht ohne weitere Aussprache folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 24. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 31.05.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 28.06.2012 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

3.1 **Programmheft des Freizeitentrums Stieghorst**

Herr Daube verweist auf die vor Sitzungsbeginn ausgelegten Programmhefte des Freizeitentrums Stieghorst für die Monate Juli bis September 2012.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 28.06.2012 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

3.2

Photovoltaik-Anlage Gesamtschule Stieghorst

Herr Daube teilt mit, dass 10 Dächer der Gesamtschule Stieghorst im Bereich der Häuser 2 und 3 für die Installierung einer Photovoltaik-Anlage genutzt würden.

Bei einem Stromverbrauch von ca. 440.000 kW für das gesamte Schulgelände (Häuser 1 bis 3 inkl. Sporthallen) werde damit ein Eigenerzeugungsanteil von ca. 45 % erreicht.

Dies werde die bisher höchste Photovoltaik-Versorgungsquote an einer Bielefelder Schule sein.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 28.06.2012 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

3.3

Endausbau der Dirschauer Straße

Herr Daube teilt mit, dass die Dirschauer Straße ab dem 06.07.2012 für ca. 6 Wochen ab Haus Nr. 26 bis Mitte Fußweg zur Küstriner Straße voll gesperrt werde.

In diesem Abschnitt erfolge der Straßenendausbau.

Die Anlieger würden noch gesondert über ihre Zufahrtsmöglichkeiten informiert.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 28.06.2012 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Anfragen der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

* BV Stieghorst - 28.06.2012 - öffentlich - TOP 4 *

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Anträge der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

* BV Stieghorst - 28.06.2012 - öffentlich - TOP 5 *

Zu Punkt 6 Bebauungsplan Nr. III/Ub 1 - 6. Änderung "Pinienstraße" für das Gebiet östlich der Straße Feldkamp und westlich der Feuerdornstraße, entlang der Pinienstraße im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB - Stadtbezirk Stieghorst - Entwurfsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4281/2009-2014

Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Frau Geppert (Bauamt) bezieht sich auf den Aufstellungsbeschluss vom September 2011 und die anschließende Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Träger öffentlicher Belange. Die in der Beschlussvorlage dargestellten Anregungen seien weitgehend berücksichtigt worden.

Da die Bebauungsplanänderung nicht vollständig aus dem Flächennutzungsplan entwickelt worden sei, müsse dieser im Wege der Berichtigung noch angepasst werden.

Planungsziel sei die Nachverdichtung des Wohngebietes entlang der Pinienstraße. Das städtebauliche Konzept sehe vor, im Plangebiet 10 freistehende Einfamilienhäuser entlang der auszubauenden Pinienstraße in maximal 2-geschossiger Bauweise zu errichten.

Der festgesetzte Spielplatz solle mit einem jedoch vergrößerten Flächenvolumen an der ursprünglichen Stelle verbleiben.

Die verkehrliche Anbindung an die Straße Feldkamp sei für den motorisierten Individualverkehr zwar nicht möglich, jedoch werde diese über eine öffentliche Verkehrsfläche mit der besonderen Zweckbestimmung „Fußweg“ gewährleistet. Dieser Fußweg verbinde die geplante ausgebauten Pinienstraße am Ende der Wendeanlage mit dem Feldkamp im westlichen Plangebiet.

Sodann skizziert Frau Geppert die Belange der Ver- und Entsorgung sowie die

Art und das Maß der baulichen Nutzung.

Mitglied von Stockhausen (FDP) verweist auf die Ziff. 1.4 der Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Hinweis der Bezirksregierung Arnsberg, dass sich das Plangebiet über dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Erlaubnisfeld „Nordrhein-Westfalen Nord“ befinde. Er hinterfragt die Auswirkungen dieses Hinweises, der gemäß Stellungnahme der Verwaltung lediglich zur Kenntnis genommen werde.

Frau Geppert teilt mit, dass die Bezirksregierung diesen Hinweis formal geben müsse. Er beinhalte jedoch keine konkret zu berücksichtigenden Vorgaben.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Koch kritisiert die vorgesehene Bauvorschrift, wonach die Dacheindeckung im Geltungsbereich nur dunkel-anthrazit ausgeführt werden dürfe. Jede Reglementierung von Dacheindeckungen sei überflüssig.

Frau Geppert (Bauamt) verweist zur Begründung auf einen mit der angrenzenden Bebauung abgestimmten Gesamteindruck.

SPD-Fraktionsvorsitzender Schäffer bezieht sich auf die vorgesehene Festsetzung für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen und hinterfragt die abschließende Aufzählung zu verwendender Gehölzarten.

Ferner möchte er wissen, ob der Investor auch die Kosten für den Spielplatz zu übernehmen habe.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole schließt sich der Kritik der SPD-Fraktion an den Reglementierungen zur Dacheindeckung und Verwendung bestimmter Gehölzarten an.

Zu den Kosten für den Spielplatz möchte er ergänzend wissen, ob ein Finanzierungsbeitrag des Investors sofort vereinnahmt werde und was bis zur Herrichtung der Spielfläche damit geschehe.

Frau Geppert (Bauamt) gibt zur Dacheindeckung nochmals zu bedenken, dass verschiedene Farbgebungen vermieden werden sollten. Die ausgewiesene Pflanzliste sei mit dem Umweltamt abgestimmt worden.

Herr Tacke (Planungsbüro Enderweit & Partner) macht zur ausgewiesenen Spielplatzfläche darauf aufmerksam, dass nach der Spielplatzbedarfsplanung des Umweltamtes in diesem Bereich ein Bedarf zu decken sei, der durch die Bebauungsplanänderung sogar noch verstärkt werde.

Für die mittelfristig geplante Umsetzung dieses öffentlichen Kinderspielplatzes würden Herstellungs- und Unterhaltungskosten in Höhe von ca. 93.000 Euro zuzüglich Grunderwerbskosten anfallen. Anteilig würden hiervon für jede gegenüber dem rechtsverbindlichen Bebauungsplan zusätzlich entstehende Wohneinheit ca. 1.200 Euro zuzüglich eines anteiligen Betrages der Grunderwerbskosten durch den Investor zu tragen sein. Durch die Bebauungsplanänderung würden 2 zusätzliche Häuser bzw. Wohneinheiten geschaffen.

Bezirksbürgermeister Henrichsmeier fasst das Beratungsergebnis dahingehend zusammen, dass auf die Reglementierung der Dacheindeckung verzichtet werden soll und anstelle einer abschließenden Pflanzliste lediglich die Vorgabe zur Anpflanzung von „einheimischen Gehölzen und Sträuchern“ gemacht wird.

Sodann ergehen die folgenden

B e s c h l ü s s e:

- a) Die Reglementierungen zur Dacheindeckung gemäß Ziff. 13.1.1 der textlichen Festsetzungen werden abgelehnt. Der Zulässigkeit von Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen auf der Dachoberfläche wird zugestimmt.
- b) Die Reglementierung zur Anpflanzung nur bestimmter Gehölzarten (abschließende Pflanzliste) gemäß Ziff. 12 der textlichen Festsetzungen wird abgelehnt. Stattdessen erhält die Ziff. 12 den folgenden Satz 2:
„Zu verwenden sind einheimische Gehölze und Sträucher.“

Mit diesen Änderungen der textlichen Festsetzungen zu a) und b) ergeht
f o l g e n d e r

B e s c h l u s s:

1. Der Bebauungsplan Nr. III/Ub 1 - 6. Änderung „Pinienstraße“ für das Gebiet östlich der Straße Feldkamp und westlich der Feuerdornstraße, entlang der Pinienstraße gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) wird mit Text und Begründung als Entwurf beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. III/Ub 1 - 6. Änderung „Pinienstraße“ wird mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer von einem Monat offen gelegt. Ort und Dauer der Offenlegung sind öffentlich bekannt zu machen.
3. Gemäß § 4 (2) BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu dem Entwurf und der Begründung einzuholen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 28.06.2012 - öffentlich - TOP 6 *

Zu Punkt 7

Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Soziale Stadt "Sieker-Mitte" **Einrichtung eines Verfügungsfonds für die Soziale Stadt "Sieker Mitte"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4370/2009-2014

Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Frau Michael (Bauamt) bezieht sich auf das im Oktober 2010 beschlossene Integrierte Handlungskonzept Soziale Stadt „Sieker-Mitte“.

Bestandteil dieses Beschlusses gemäß Ziff. 7.1.3 der Verwaltungsvorlage (Drucksachen-Nr. 1450/2009-2014) sei die Einrichtung eines Verfügungsfonds zur Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil.

Für die Umsetzung der Maßnahme liege ein Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Detmold vom 09.12.2011 in Höhe von 80 % der zuwendungsfähigen Ausgaben von insgesamt 48.000 Euro vor. Die Bewilligung gelte bis zum 31.12.2015. Haushaltsmittel für den städtischen Eigenanteil in Höhe von 20 % seien für den Haushalt 2012 und 2013 angemeldet worden.

Zuwendungsfähige Maßnahmen seien u. a. Ausgaben für Mitmachaktionen, Imagekampagnen und andere geeignete Maßnahmen zur Aktivierung der Beteiligten im Gebiet der Sozialen Stadt „Sieker-Mitte“.

Zur praktischen Abwicklung teilt Frau Michael mit, dass Maßnahmen / Aktionen von der Bewohnerschaft in Sieker-Mitte initiiert und die Förderung aus dem Verfügungsfonds beantragt werden sollen.

Das Quartiersmanagement und das Bauamt würden die Anträge auf Förderfähigkeit prüfen.

Über die Förderung entscheide letztlich ein noch einzusetzender Stadtteilbeirat, der sich aus Vertretern des Bewohnerrates, der Stadtteilkonferenz und der Bezirksvertretung Stieghorst paritätisch zusammensetzen solle.

Gemäß vorgelegter Richtlinien der Stadt Bielefeld zur Vergabe von Fördermitteln schlage die Verwaltung vor, dass jedes der drei genannten Gremien je 3 Vertreter in den Stadtteilbeirat entsendet.

Mitglied Frau Krieg (CDU-Fraktion) beantragt, den Bezirksbürgermeister, den stellvertretenden Bezirksbürgermeister und den CDU-Fraktionsvorsitzenden für die Bezirksvertretung in den Stadtteilbeirat zu entsenden.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Schulz beantragt, dass neben dem Bezirksbürgermeister und dem stellvertretenden Bezirksbürgermeister ein Mitglied der Grüne-Fraktion beteiligt werden müsse.

Bezirksbürgermeister Henrichsmeier regt an, dass die Grüne-Fraktion und ggf. weitere Mitglieder der Bezirksvertretung im Rahmen einer Vertretungsregelung berücksichtigt werden könnten.

Sodann ergehen die folgenden

B e s c h l ü s s e:

1. Änderungsantrag der Grüne-Fraktion

In den Stadtteilbeirat werden der Bezirksbürgermeister und der stellvertretende Bezirksbürgermeister sowie ein Mitglied der Grüne-Fraktion entsandt.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

2. Antrag der CDU-Fraktion

In den Stadtteilbeirat werden Bezirksbürgermeister Henrichsmeier, stellvertretender Bezirksbürgermeister Koch sowie CDU-Fraktionsvorsitzender Thole entsandt.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

3. V e r t r e t u n g s r e g e l u n g

Als Vertreter der gemäß Beschluss zu 2.) bestimmten Stadtteilbeiräte der Bezirksvertretung werden benannt:

SPD-Fraktionsvorsitzender Schäffer,
Grüne-Fraktionsvorsitzender Schulz
u n d
Mitglied Vagt (BfB).

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen -

Über die Vorlage der Verwaltung ergeht sodann folgender

B e s c h l u s s:

1. Der Einrichtung eines Verfügungsfonds für die Soziale Stadt „Sieker-Mitte“ für den in der Anlage der Vorlage umgrenzten Teilbereich wird zugestimmt.

2. Die Richtlinie „Verfügungsfonds für die Soziale Stadt Sieker-Mitte“ wird in der als Anlage der Vorlage beigefügten Fassung beschlossen. Für die Vergabe wird ein Stadtteilbeirat eingerichtet.

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 28.06.2012 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8 LKW Lenkungskonzept

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4161/2009-2014

Herr Meyer (Amt für Verkehr) verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die Finanzierung der Anpassung und Ergänzung der Gewerbegebietsbeschilderung nach der aktuellen Haushaltslage nicht absehbar sei.

Er vertritt die Ansicht, dass es im städtischen Haushalt hierfür durchaus Realisierungsmöglichkeiten geben müsste.

Mitglied von Stockhausen (FDP) verweist auf die teilweise sehr unterschiedlichen Infotafeln über ansässige Unternehmen.

Er möchte wissen, wer diese Hinweistafeln finanziert.

Herr Meyer (Amt für Verkehr) teilt mit, dass die Infotafeln von den Firmen bezahlt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 28.06.2012 - öffentlich - TOP 8 *

-.-.-

Zu Punkt 9

Umgestaltung der Otto-Brenner-Straße zwischen Haus Nr. 238 und Detmolder Straße sowie der Osningstraße zwischen Detmolder Straße und Haus Nr. 86 im Rahmen der geplanten Fahrbahndeckensanierungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4317/2009-2014

Herr Glasl (Amt für Verkehr) erläutert detailliert die Beschlussvorlage der Verwaltung und stellt mittels Beamer-Präsentation die geplante Umgestaltung der Streckenabschnitte

- Otto-Brenner-Straße zwischen Haus Nr. 238 bis einschließlich dem Knotenpunkt mit der Detmolder Straße,
- Osningstraße zwischen Detmolder Straße und Lipper Hellweg,
- Osningstraße zwischen Lipper Hellweg und Am Kämpchen,
- Osningstraße zwischen Am Kämpchen und Bodelschwinghstraße

vor.

SPD-Fraktionsvorsitzender Schäffer bezieht sich auf die im Mai 2012 am Knoten Detmolder Straße durchgeführte Verkehrszählung mit rd. 29.000 ermittelten Kraftfahrzeugen in der Osningstraße.

Er gehe von der Annahme aus, dass mindestens diese Verkehrsbelastung dauerhaft Bestand haben werde.

Daher müsse bei Umsetzung der Planung in den Spitzenzeiten für die Fahrtrichtung stadtauswärts mit Rückstau von der Ampel Lipper Hellweg bis zum Knoten Detmolder Straße gerechnet werden.

Herr Glasl teilt mit, dass für diesen Streckenbereich ein Rückstau vom Lipper Hellweg über 100 m Richtung Detmolder Straße für die Spitzenzeiten rechnerisch ermittelt worden sei. Damit werde der Rückstau den Knoten Detmolder Straße noch nicht erreichen.

Herr Glasl räumt ein, dass rechnerische Ermittlung und Realität nicht unbedingt übereinstimmen müssen.

Fraktionsvorsitzender Thole erklärt für die CDU-Fraktion, dass eine Umgestaltung der Otto-Brenner-Straße zwischen Haus Nr. 238 bis einschließlich dem Knotenpunkt mit der Detmolder Straße entsprechend der

vorgelegten Planung nicht empfohlen und abgelehnt werde.
Zur Begründung führt er aus, dass

- die Detmolder Straße einschließlich Knotenpunkt erst 2011 erneuert worden
- der Knotenpunkt Detmolder Straße z. Z. einen fast reibungslosen Verkehrsablauf gewährleiste, weil separate Rechtsabbiegespuren (ohne Lichtsignalanlage), ausreichende Fahrspurbreiten und ausreichende Aufstelllängen vorhanden seien.

Dieser funktionierende Knotenpunkt solle dadurch verändert werden, dass separate Rechtsabbiegespuren eine Lichtsignalanlage erhalten sollen, Fahrspurbreiten reduziert und Aufstelllängen verringert würden.

Die Leistungsfähigkeit des Knotens werde hierdurch erheblich reduziert. Der Verkehrsfluss sei nicht mehr gewährleistet, was zu negativen Umwelteinflüssen führen werde (erhöhter CO²-Ausstoss / erhöhte Lärmbelästigung etc.).

Die Kosten für die Umgestaltung des Knotens seien mit 393.000 Euro beziffert worden.

Nach Auffassung der CDU-Fraktion sollten diese Kosten eingespart und für andere dringendere Straßenbaumaßnahmen im Stadtbezirk verwendet werden (z. B. Dingerdisser Straße zwischen Am Bredenbusch und Dingerdisser Heide).

Er führt weiter aus, dass die CDU-Fraktion auch eine Umgestaltung der Osningstraße zwischen Detmolder Straße und Haus Nr. 86 ebenfalls nicht empfehle und ablehne.

Zur Begründung trägt er vor, dass die Osningstraße eine funktionierende klassifizierte Landesstraße und Teil des überbezirklichen Straßennetzes sei. Für das klassifizierte und überbezirkliche Straßennetz sei es besonders wichtig, dass die Leistungsfähigkeit erhalten bleibe.

Durch den geplanten Rückbau gemäß Ziff. 5.2 der Beschlussvorlage werde die Leistungsfähigkeit des Straßenzuges erheblich reduziert und die Leistungsfähigkeit des Knotens Osningstraße / Lipper Hellweg erheblich eingeschränkt (schon jetzt morgendlicher Rückstau).

Der Verkehrsfluss wäre mit der Folge negativer Umwelteinflüsse nicht mehr gewährleistet (erhöhter CO²-Ausstoss, erhöhte Lärmbelästigung etc.).

Von dem schlechteren Verkehrsfluss werde auch der Busverkehr betroffen.

Nach Feststellungen der Polizei und der Straßenverkehrsbehörde sei derzeit keine Häufung von Unfällen festzustellen. Die Situation sei insgesamt unauffällig.

Die CDU-Fraktion schlage zur Verbesserung der Verkehrssicherheit vor, im Bereich der Straße Hellenkamp eine zusätzliche Fußgänger-Lichtsignalanlage zu installieren.

Mitglied von Stockhausen (FDP) widerspricht der Position der CDU-Fraktion. Er verweist auf die anderen Verkehrsteilnehmer, deren Interessen zu berücksichtigen seien. So müsse die Situation für Radfahrer dringend verbessert werden, da ihnen derzeit auf der Osningstraße kein eigener Verkehrsraum zur Verfügung stehe.

Für Fußgänger, insbesondere für Kinder auf ihren Schul- bzw. Kindergartenwegen, bedeute die Osningstraße in ihrem jetzigen Querschnitt

ein enormes Gefahrenpotential.
Auch für den Pkw-Verkehr gebe es Probleme.
So seien das Linksabbiegen aus Seitenstraßen und das rückwärts Ausparken von anliegenden Privatgrundstücken äußerst problematisch.

Die Osningstraße sei vor 40 Jahren mit Kompromissen geplant worden, die heute nur als Katastrophe bezeichnet werden könnten.
Obwohl Landesstraße, sei die Osningstraße heute in erster Linie eine Wohnstraße.

Mitglied von Stockhausen dankt der Verwaltung sodann für die vorgelegte Planung. Diese könne zwar nicht für jeden beteiligten Verkehrsteilnehmer ein Optimum schaffen, aber für alle Interessengruppen, die auch die Bezirksvertretung bei ihrer Entscheidung einbeziehen müsse, werde sich eine Verbesserung gegenüber dem Ist-Zustand ergeben.

Mitglied von Stockhausen bezieht sich abschließend auf die Ausführungen zum Knoten Bodelschwinghstraße. Er akzeptiere, dass dieser Bereich derzeit in den Umbauquerschnitt nicht einbezogen werden solle.

Wegen des nach seiner Ansicht hohen Gefährdungspotentials für Kinder an der Ampel in diesem Einmündungsbereich regt er gleichwohl den sofortigen Verzicht auf eine der beiden Linksabbiegespuren von der Bodelschwinghstraße in die Osningstraße an. Diese Maßnahme könne durch eine „Pinsellösung“ kostengünstig realisiert werden.

Nach seiner Ansicht sollte die Osningstraße in Fahrtrichtung Detmolder Straße außerdem von vorn herein nur einspurig geführt werden.

Mitglied Hoffmann (CDU-Fraktion) vertritt die Ansicht, dass die Osningstraße sich zwar zu einer Wohnstraße entwickelt habe, die aber dennoch mit täglich 29.000 Fahrzeugen belastet sei. Die Verengung auf eine Fahrspur werde den Verkehrsfluss zwangsläufig massiv beeinträchtigen. Erhöhte Abgas- und Lärmbelastungen seien wiederum die unabweisbare Folgewirkung.

Durch den Umbauquerschnitt werde sich auch die Situation für Fußgänger und Radfahrer eher noch verschlechtern, da durch Markierungslösungen ein Sicherheitsgefühl erzeugt werde, das real gar nicht vorhanden sei.

Nach Aussage der Polizei stelle die Osningstraße zudem keinen Umfallschwerpunkt dar.

Zur Verbesserung der Sicherheit seien veranschlagte Kosten in Höhe von 393.000 Euro keine unverhältnismäßige Ausgabe. Durch die vorgestellte Planung werde die Sicherheit jedoch nicht erhöht.

In der Beschlussvorlage zu einzelnen Problembereichen bereits angeregte Polizeikontrollen oder Appelle von Eltern an ihre Kinder würden verdeutlichen, dass der neue Querschnitt zusätzliche Risiken beinhalte.

SPD-Fraktionsvorsitzender Schäffer hinterfragt insgesamt die Leistungsfähigkeit der Osningstraße.

Die SPD-Fraktion wünsche eine detaillierte Darstellung der Abläufe der Verkehrsströme nach Realisierung des neuen Querschnitts.

Deshalb rege die SPD-Fraktion an, die heutige Beratung als 1. Lesung zu betrachten. Die abschließende Entscheidung sollte bis zur nächsten Sitzung am 30.08.2012 zurückgestellt werden.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Schulz möchte wissen, ob die vorgebrachten Einwände der CDU-Fraktion bereits heute beantwortet werden können.

Bezirksbürgermeister Henrichsmeier macht darauf aufmerksam, dass der Umbauquerschnitt im Abschnitt zwischen Lipper Hellweg und Bodelschwinghstraße bei Einspurigkeit künftig keinen Überholvorgang mehr zulassen würde. Ein Teil des Verkehrs werde über den Windmühlenweg und den Steinbruchweg ausweichen, was in diesen Straßen wiederum zu gefährlichen Situationen führen könne.

Mitglied von Stockhausen (FDP) teilt hierzu mit, dass der Windmühlenweg als Ausweichroute bereits unattraktiv geworden sei, da die Anwohner ihre Fahrzeuge bewusst am Straßenrand parken würden, um den Verkehrsfluss zu behindern.

Herr Glasl (Amt für Verkehr) verweist auf Ziff. 7.1 der Beschlussvorlage mit dem Hinweis, dass die kalkulierten Kosten für den Knotenpunkt Detmolder Straße bei Verzicht auf den Umbauquerschnitt nicht in voller Höhe eingespart würden. Bestandteil der Gesamtkosten in Höhe von 393.000 Euro seien 178.000 Euro für die Erneuerung der Lichtsignalanlage, die auf jeden Fall realisiert werden müsse.

Außerdem werde der Zuschussbereich an diesem Knoten nur partiell überplant, so dass gewährte Fördermittel nicht zurückgezahlt werden müssten.

Die Signalisierung der Rechtsabbieger werde nicht zu einem Rückstau führen. Reduzierungen von Aufstelllängen seien nicht geplant.

Herr Glasl führt weiter aus, dass die Reduzierung der Einmündung Bodelschwinghstraße auf 1 Linksabbieger zu einem erheblichen Rückstau in der Bodelschwinghstraße führen würde. Bei einer späteren Deckensanierung könne ein ggf. neu zu beurteilender Umbau evtl. zu dieser Reduzierung führen.

Herr Spree (Amt für Verkehr) entgegnet auf die Bedenken von Mitglied Hoffmann (CDU-Fraktion) zur Sicherheit markierter Radfahrstreifen mit dem Hinweis, dass die vorgestellte Planung dem technischen Regelwerk entspreche und daher als sicher bezeichnet werden könne.

An der Osningstraße würden derzeit jegliche Radverkehrsanlagen fehlen. Deshalb würden die Gehwege von Radfahrern und Fußgängern gemeinsam genutzt, was ein hohes Gefährdungspotential beinhalte.

Herr Glasl hält die von der SPD-Fraktion gewünschte Vertagung der Beschlussfassung bis zum 30.08.2012 auf Nachfrage für realisierbar, da die Deckensanierung erst 2013 durchgeführt werde. Allerdings sei ein Förderantrag gestellt worden, der bei entsprechender Beschlussfassung evtl. zurückgezogen werden müsse. Dafür sei eine Entscheidung direkt nach der Sommerpause auch erforderlich. Zu den vorgebrachten Bedenken, die Planung führe zu keiner Verbesserung der Verkehrssicherheit, vertritt Herr Glasl sodann

die Ansicht, dass ein einspuriger Kfz-Strom pro Fahrtrichtung auf jeden Fall eine Sicherheitsverbesserung darstelle.

Zu der befürchteten erhöhten Abgasbelastung teilt er mit, dass eine Schadstoffuntersuchung zu dem Ergebnis geführt habe, dass die Intensität der Abgasbelastung vom Abstand der Fahrzeuge zur Bebauung abhängt. Je größer dieser Abstand sei, umso geringer falle die Belastung aus. Die vorgelegte Planung berücksichtige diesen Aspekt.

Herr Spree (Amt für Verkehr) ergänzt, dass der geplante Mittelstreifen für das geregelte Linksabbiegen ebenfalls zu einer Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen werde.

Mitglied Hoffmann (CDU-Fraktion) stellt in Erwiderung auf Herrn Spree fest, dass er der Verwaltung nicht die Vorlage einer unsicheren Planung unterstellt habe.

Die Unterschiede zwischen Planung und Realität könnten jeden Tag an haarsträubenden Konfliktsituationen zwischen Pkw- und Radfahrern an der Stapenhorststraße beobachtet werden.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Schulz dankt der Verwaltung für die exzellente Planung.

Er bringt zum Ausdruck, dass für den Pkw-Verkehr, die Fußgänger, die Radfahrer und die Anwohner die bestmögliche Lösung gefunden werden müsse. Diese bestmögliche Lösung für alle Beteiligten sei heute von der Verwaltung vorgestellt worden.

Er appelliert an die CDU-Fraktion, die Thematik nochmals zu überdenken.

Bezirksbürgermeister Henrichsmeier macht darauf aufmerksam, dass die Bezirksvertretung lediglich eine Beschlussempfehlung abzugeben habe. Die Entscheidung liege beim Stadtentwicklungsausschuss.

Sodann verweist er auf den Antrag der CDU-Fraktion zur Installierung einer zusätzlichen Fußgänger-Lichtsignalanlage im Bereich der Straße Hellenkamp.

Fraktionsvorsitzender Schäffer erklärt für die SPD-Fraktion Zustimmung zu diesem Antrag.

Mitglied von Stockhausen (FDP) vertritt die Ansicht, dass über eine zusätzliche Fußgänger-Lichtsignalanlage nur im Zusammenhang mit der Gesamtplanung entschieden werden sollte.

Herr Glasl (Amt für Verkehr) macht darauf aufmerksam, dass eine Fußgänger-Lichtsignalanlage von der Straßenverkehrsbehörde angeordnet werden müsse. Gemäß Ausführung in der Beschlussvorlage gebe es hierfür keine Fördermittel. Im Nothaushaltsrecht dürfe diese Maßnahme aus städtischen Mitteln nicht umgesetzt werden. Realisierbar sei sie nur bei einer zwingenden verkehrlichen Notwendigkeit, die die Straßenverkehrsbehörde und die Polizei jedoch nicht festgestellt habe.

Bezirksbürgermeister Henrichsmeier fasst das Beratungsergebnis dahingehend zusammen, dass die SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf habe und die

Entscheidung über die Beschlussvorlage wunschgemäß bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung am 30.08.2012 zurückgestellt werden sollte.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Bezirksbürgermeister Henrichsmeier sieht hiervon unabhängig das Erfordernis einer Entscheidung über den Antrag der CDU-Fraktion.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Im Abschnitt der Osningstraße zwischen der vorhandenen Fußgänger-Lichtsignalanlage Windmühlenweg und dem Knoten Bodelschwinghstraße ist an geeigneter Stelle eine zusätzliche Fußgänger-Lichtsignalanlage zu installieren.

Dafür: 14 Stimmen
Dagegen: 2 Stimmen
Enthaltungen: -- Stimmen

- mithin beschlossen -

* BV Stieghorst - 28.06.2012 - öffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10 Verwendung der bezirklichen Sondermittel 2012

Herr Skarabis gibt einleitend den folgenden Überblick über die verfügbaren Finanzmittel 2012:

Sondermittel (inkl. „Kleine Grünmittel“ gemäß Beschluss vom 26.04.2012 / 80 % des Etatansatzes) €	10.360
Guthaben beim Umweltbetrieb für Grünunterhaltungs- Maßnahmen €	<u>6.231</u>
Insgesamt	16.591

€.

Sodann verweist Herr Skarabis auf die mit der Sitzungseinladung übersandte Anlage zu Tagesordnungspunkt 10 mit der Information, dass für die beschlossene Installierung von 2 weiteren Leuchten im Bereich des Fuß- / Radweges zwischen dem Wohnstift Salzburg und der Stadtbahndaltestelle keine bezirklichen Sonder- / Grünmittel eingesetzt werden müssen.

Abschließend erinnert er an den Beschluss der Bezirksvertretung vom 31.05.2012 zur Bezuschussung der Sanierung des gesperrten Ausgangs des Kindergartens Lämershagen mit 500 €.

Bezirksbürgermeister Henrichsmeier bezieht sich auf die am 13.06.2012 durchgeführte Bereisung der bezirklichen städtischen Einrichtungen und informiert über den Wunsch der Kindertageseinrichtung Butterkamp, einen zusätzlichen „Matschtisch“ anschaffen zu wollen. Hierfür würden Kosten in Höhe von ca. 1.100 € entstehen.

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der städtischen Kindertageseinrichtung Butterkamp werden für die Anschaffung eines zusätzlichen „Matschtisches“ 1.100 € aus bezirklichen Sondermitteln zur Verfügung gestellt.

- einstimmig beschlossen -

Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist auf das zu Tagesordnungspunkt 13 der Sitzungseinladung beigefügte Protokoll über die Bereisung der bezirklichen städtischen Einrichtungen am 13.06.2012 und die von der Leitung der Osningschule vorgebrachten Wünsche und Vorstellungen zur Umgestaltung des Pausenhofes in Verbindung mit dem benachbarten Sportplatz.

Das vom Umweltbetrieb erbetene Gestaltungskonzept sei in Abstimmung mit dem Amt für Schule aus Kostengründen gegenstandslos geworden.

Auf dem Bolzplatz sollen jetzt lediglich 2 Tore mit erforderlichen Spielfeldmarkierungen installiert werden. Hierfür würden 2.000 € benötigt.

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Für die Installierung von 2 Toren mit Spielfeldmarkierungen auf dem Bolzplatz an der Osningschule stellt die Bezirksvertretung 2.000 € aus

dem Guthaben beim Umweltbetrieb für „Kleine Grünmittel“ zur Verfügung.

- einstimmig beschlossen -

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole bezieht sich auf die vom Amt für Verkehr im Jahr 2012 mit einfachen Mitteln installierte Mittelinsel auf dem Lipper Hellweg in Höhe der Einmündung Am Alten Dreisch.

Er beantragt eine analoge Querungshilfe auf dem Lipper Hellweg zwischen der Sven-Hedin-Straße und dem Fußweg Am Neuen Berge. Mit einer finanziellen Unterstützung aus bezirklichen Sondermitteln in Höhe von 4.000 € könne diese Mittelinsel realisiert werden.

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s :

**Die Verwaltung wird beauftragt, auf dem Lipper Hellweg im Bereich zwischen der Sven-Hedin-Straße und dem Fußweg Am Neuen Berge mit einfachen Mitteln eine Mittelinsel zu installieren.
Hierfür stellt die Bezirksvertretung aus bezirklichen Sondermitteln 4.000 € zur Verfügung.**

- einstimmig beschlossen -

SPD-Fraktionsvorsitzender Schäffer macht darauf aufmerksam, dass die Hausaufgabenhilfe an der Grundschule Hillegossen ohne finanzielle Unterstützung gefährdet sei.
Er bittet um Bereitstellung von 1.000 €.

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Bezirksvertretung stellt der Ev. Kirchengemeinde Stieghorst - Hillegossen 1.000 € als Zuschuss zur Durchführung der Hausaufgabenhilfe an der Grundschule Hillegossen zur Verfügung.

- einstimmig beschlossen -

SPD-Fraktionsvorsitzender Schäffer regt ferner an, der Diakonie für Bielefeld (ehem. Ev. Gemeindedienst) 1.000 € als Zuschuss zum Betrieb der Spielwohnung Lipper Hellweg bzw. des Jugendtreffs Am Alten Dreisch zur Verfügung zu stellen.

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung stellt der Diakonie für Bielefeld 1.000 € als Zuschuss zum Betrieb der Spielwohnung Lipper Hellweg bzw. des Jugendtreffs Am Alten Dreisch zur Verfügung.

- einstimmig beschlossen -

Bezirksbürgermeister Henrichsmeier stellt fest, dass nach der aktuellen Beschlusslage über bezirkliche Sondermittel in Höhe von insgesamt 7.600 € sowie über 2.000 € aus dem Guthaben beim Umweltbetrieb verfügt worden sei.

Er regt an, die Entscheidungen über die Restbeträge (2.760 € Sondermittel und 4.231 € „Kleine Grünmittel“ aus Guthaben des Umweltbetriebes) in der nächsten Sitzung am 30.08.2012 zu treffen.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

SPD-Fraktionsvorsitzender Schäffer erinnert an einen Auftrag an den Umweltbetrieb vom 14.07.2011 zur Ermittlung defekter Spielgeräte. Das Ergebnis dieser Ermittlung sollte der Bezirksvertretung zur nächsten Sitzung am 30.08.2012 vorliegen, damit über evtl. erforderliche Ersatzbeschaffungen unter Inanspruchnahme des Guthabens beim UWB entschieden werden könne.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 28.06.2012 - öffentlich - TOP 10 *

-.-.-

Zu Punkt 11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Daube verweist auf die mit der Sitzungseinladung übersandte Aufstellung und erläutert die bisher noch nicht umgesetzten / umsetzbaren Beschlüsse.

Mitglied Vagt (BfB) macht darauf aufmerksam, dass der Fahrgastunterstand für die Haltestelle Wrachtrupstraße an der Oerlinghauser Straße stadtauswärts nicht aufgeführt sei.

Herr Daube teilt mit, dass die von der Bezirksvertretung vorgeschlagenen Standorte für Fahrgastunterstände am 29.03.2011 vom Stadtentwicklungsausschuss beschlossen worden seien.

Er macht darauf aufmerksam, dass Gegenstand des Beschluss-Controllings gemäß Dienstanweisung grundsätzlich nur die Beschlüsse seien, die von dem jeweiligen Gremium abschließend gefasst worden seien.

So unterliege bei einer Durchlaufvorlage (z. B. Aufstellung von Fahrgastunterständen an Bushaltestellen / Drucksachen-Nr. 2181/2009-2014) nur der abschließende Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses der Kontrolle. Dieses Beschluss-Controlling werde beim zuständigen Fachamt geführt.

Mitglied von Stockhausen (FDP) möchte wissen, wann die Beschlüsse vom 18.11.2010 zur Altlastenuntersuchung und Bausubstanzbewertung der Catterick-Kaserne und vom 17.02.2011 zur Untersuchung und Bewertung der von den Briten bewohnten Häuser im Stadtbezirk Stieghorst umgesetzt würden.

Bezirksbürgermeister Henrichsmeier teilt hierzu mit, dass die Bürgermeisterin der Stadt Gütersloh mit der Koordination beauftragt worden sei. Ein konkreter Abzugsplan sei bisher noch nicht erarbeitet worden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 28.06.2012 - öffentlich - TOP 11 *

-.-.-